

Ich sitze im Büro und meine Gedanken kreisen um das Ja zur unseligen Minarett-Initiative. Zum x-ten Mal seit letzten Sonntag. Eigentlich wollte ich dir gleich nach der Abstimmung schreiben, aber der Schock sass zu tief. Für mich ist klar: Das Volk hat falsch entschieden. Der Entscheid verstösst gegen die Religionsfreiheit, gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land sowie unser Ansehen im Ausland. Wir haben innerhalb der Fraktion eine angeregte und emotionale Diskussion geführt. Wie konnte das passieren? Was nun? Was können und müssen wir daraus lernen?

Dieses Resultat ist nicht einfach ein Unfall. Es liest sich wie das Resultat einer 40-jährigen Kampagne. Losgetreten in den 70ern durch die Schwarzenbach-Initiativen und später abgelöst durch wiederholte Stimmungsmache gegen italienische, spanische sowie portugiesische, später gegen jugoslawische und türkische Immigrantinnen und Immigranten. Wir erinnern uns, dass sich 1981 eine deutliche Mehrheit von 84 Prozent für die Beibehaltung des Saisonierstatuts aussprach. CVP und FDP haben vorbehaltlos mitgeholfen, haben Vorurteile genährt und im Verlauf der Jahre jede Verschärfung im Asyl- und Ausländerrecht mitgetragen.

Ausserdem fügt sich das Abstimmungsresultat vom letzten Sonntag in eine grössere Debatte über das Verhältnis zwischen den Glaubensgemeinschaften und dem Staat ein. Eine Diskussion, die beileibe nicht nur den Islam betrifft. Hinsichtlich Gleichstellung befinden sich weder katholische Fundamentalisten, noch protestantische Sekten in der Position, um Islamisten Ratschläge zu erteilen. Gewalt und Intoleranz auf der einen, schüren Gewalt und Intoleranz auf der anderen Seite. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen und wieder unsere Werte wie Toleranz und Offenheit ins Zentrum rücken.

Unsere Gegner haben die Frage der Gleichstellung von Frau und Mann missbraucht und instrumentalisiert. Diese unwürdige Maskarade dürfen wir nicht einfach hinnehmen. Sie verstellt den Blick auf eine frauenfeindliche Grundhaltung, die den Frauen auch in unserer modernen Welt noch immer den Weg in Führungspositionen versprerrt.

Einmal mehr stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Menschenrechten. Demokratie in unserer direkten Form darf nicht alles. Sie muss insbesondere dort ihre Grenzen finden, wo sie verfassungsmässig garantierte Grundrechte, wo sie fundamentale Menschenrechte tangiert. Das Verbot von Minaretten stellt die Religionsfreiheit in Frage. Wer diese Tatsache als realitätsferne Spitzfindigkeit und als Ablenkungsmanöver schlechter Verlierer abtut, handelt zynisch. Auch das Volk muss die Grundrechte achten, die in der europäischen Menschenrechtskonvention festgeschrieben sind. Die nächste Nagelprobe kommt bald. Nämlich dann, wenn mit der Ausschaffungsinitiative die nächste Vorlage nach dem SVP-Strickmuster zur Diskussion steht. Ich bin der Meinung, dass diese Initiative von Anfang an für ungültig erklärt werden muss.

Das Ja hat auch gezeigt, dass die Ängste der Menschen ernstgenommen werden müssen. Nicht mit hetzerischer Symbolpolitik, sondern mit handfester Sozialpolitik und zukunftsgerichteter Wirtschaftspolitik. In den kommenden Monaten werden wir wiederholt Gelegenheit haben, genau dieser zum Durchbruch zu verhelfen. Sei dies nun bei der Abstimmung zum Rentenklau oder bei der Revision der Arbeitslosenversicherung. Keine Frage, wir sind gefordert. Und wir brauchen deine Unterstützung.

Auch wir wollen ein Zeichen setzen. Mach mit und unterzeichne online unser Manifest. Setze ein Zeichen für mehr Toleranz gegenüber unseren muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Christian Levrat